

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verlagsanstalt: Drag 11., Královská 15. • Telefon: 26795, 21400. • (Nachredaktion): 26707 • Drucker: 57544

11 Jahrgang.

Donnerstag, 3. Dezember 1931

Nr. 281.

Dienstzeitverkürzung bevorstehend?

Eine halbamtliche Meldung.

Prag, 2. Dezember. Die „Prager Presse“ meldet, daß die kompetenten Stellen den prinzipiellen Beschluß gefaßt haben, die Präsenzdienste in der Armee von bisher 18 auf 14 Monate herabzusetzen.

Das Verteidigungsministerium wird eine diesbezügliche Vorlage nach Weisungen im Abgeordnetenhaus einbringen. Durch diesen Entschluß wird auch die Wehrdienstnovelle vom Jahre 1927 hinfällig, durch die der Bürgerblock seinerzeit die 18monatige Dienstzeit auf unbestimmte Zeit beibehalten hatte.

Nach unseren Erkundigungen liegt ein dritter Antrag im interministeriellen Verfahren bisher noch nicht vor, doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß die energische Haltung der sozialdemokratischen Koalitionsparteien, die erst gestern wieder in der Vorsprache beim Ministerpräsidenten die Dringlichkeit der Dienstzeitverkürzung ganz besonders betont hatten, die kompetenten Stellen endlich von der seit Jahren offenen und verheerend betriebenen Sabotage der Dienstzeitverkürzung abgebracht hat, zumal auch die tschechischen Nationalsozialisten auf die Dienstzeitverkürzung drängen und schließlich heute auch bei ihrem Willen nicht mehr die Behauptung aufrecht erhalten werden kann, daß es nicht möglich sei, die erforderliche Zahl von längerdienenden Untercorpsieren aufzutreiben, die als Instruktoren Verwendung finden sollen.

Nach in der Budgetdebatte hat allerdings ein Klubkollege des Verteidigungsministers eine Rede zum Militärbudget gehalten, die alles andere als die völlige Dienstzeitverkürzung vermuten ließ. Auch die feineren Äußerungen des Ministers selbst, die wir an leitender Stelle kritisiert haben, lauteten nicht sehr hoffnungsvoll.

Insmerhin darf man annehmen, daß die Meldung der Prager Presse ihre Richtigkeit hat. Es heißt aber abwarten, ob die Vorlage Sadowskis nicht doch in schwer erfüllbaren Forderungen nach materieller Besserstellung der Vorgesetzten oder in ähnlichen Dingen noch irgendeinen Widerstand heben wird!

Der Wiener Pressefandal.

Die Liste der Korruptierten der Journalistenorganisation übergeben.

Wien, 2. Dezember. (M.) Im Finanzausschuß des Nationalrates machte heute der Finanzminister bekannt, daß in der letzten Sitzung des Ausschusses gefaßter Beschlußes Mitteilungen über die Zuwendungen, welche die Credit-Anstalt im Mai und August zur Beeinflussung der Öffentlichkeit gemacht haben soll.

Es bestrebe der Usus, daß Banken anlässlich der Generalversammlung Journalisten, die ihnen während des Geschäftsjahres bei der Abfassung und Veröffentlichung von Notizen in den Zeitungen an die Hand gegangen waren, mit Remunerationen versehen. Im August wurden anlässlich der Generalversammlung im ganzen 261.252 Schilling aufbewahrt, davon 61.712 für Anwerbsgebühren, für den Aktionärsverein 35.000, für den Kleinrentnerverband 33.000 und für den Glaubigerschutzverband 74.000 Schilling.

An Zeitungen und Journalisten wurden in der schon früher gekennzeichneten, schon immer köhlich gewesenem Art 58.140 Schilling verteilt.

Von einer Veröffentlichung der Liste bitter der Minister abzusehen. Er schlägt vielmehr vor, diese Liste den Ständesorganisationen der Wiener Journalisten über deren eigenen Ansuchen auszufolgen, damit diese durch ihren Ehrenrat selbst Klarheit schaffen könnten.

Ein von Seiten der Mehrheitsparteien gestellter Antrag, wonach die Regierung das Material dem Ausschusse vorlegen möge, wurde angenommen, ebenso der Zusatzantrag, wonach die Erklärungen des Finanzministers zur Kenntnis genommen und die Heberweisung der Liste an die Ständesorganisationen der Wiener Presse gebilligt wird.

Desgleichen wurden zwei sozialdemokratische Anträge auf Rückerstattung der an Zeitungen und Journalisten verleihten Beträge sowie auf Rechnungslegung über die erhaltenen Beträge seitens der genannten drei Verbände angenommen.

Die Nationalpartei in Auflösung.

Ein politisches Paratiri sondergleichen.

Die deutsche Nationalpartei hat, wie bereits gemeldet, den Schriftleiter Anforge aus ihren Reihen ausgeschlossen. Auf diesen Ausschluß hat der frühere Vorsitzende der Nationalpartei, Dr. Brunar, seinerseits mit dem Austritt aus der Partei geantwortet. Angeblich soll auch Herr Pynka vom Ausschluß bedroht sein. Man hat nach den Informationen, die der Presse erteilt wurden, angenommen, daß es sich um politische Motive handle, obwohl nicht einzusehen war, welche politischen Differenzen es in einer Partei geben könne, die ohnehin seit Jahren kein Programm und keine irgendwie konsequente Politik hat, so daß in ihr im Grunde jeder nach seiner Fassung werden konnte. Nun wird der Brief bekannt, den Dr. Brunar an die Parteileitung gerichtet hat und aus ihm ersieht man tatsächlich, daß es sich nicht um wirkliche politische Gegensätze, sondern anscheinend um ein wüßtes Kesseltreiben einer kleinen Clique gegen Anforge und seinen Anhang handelt, wobei persönliche Motive wohl die Hauptrolle spielen.

Der Brief Dr. Brunars lautet:

„Sehr geehrter Herr Parteivorstand! Wie ich erfahre, hat die Parteileitung die deutsche Nationalpartei am 2. November l. J. Herrn Karl Anforge, Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Vertreter des Riesengebirgsgebietes in der Parteileitung, über Antrag des Herrn Bürgermeisters Czernich, Balda, wegen Schädigung der Partei aus der deutschen Nationalpartei ausgeschlossen, nachdem und trotzdem die von Herrn Dr. Podgman als Vertrauensmann beider Direktionen vorgenommene Prüfung des berühmten ober richtiger berücksichtigten Materials, das mit großem Fleiß und geringerer Objektivität gegen Anforge gerichtet worden war, ergeben hatte, daß kein Anhaltspunkt für die vom Parteivorstand gegen Anforge erhobenen Vorwürfe gegeben sind.“

Ich verurteile dieses Vorgehen der Parteileitung auf das Schärfste, weil es sich gegen einen Mann richtet, der seit dem Bestehen der Partei deren Grundsätze treu und selbstlos gedient und sich mit seiner ganzen Arbeitskraft und dem Mute seiner Ueberzeugung dafür eingesetzt, daß ihre Grundsätze rein erhalten werden.“

Ich verurteile dieses Vorgehen der Parteileitung auf das Schärfste auch aus dem Grunde, weil der Parteivorstand Herrn Anforge ein Schiedsgericht vorgeschlagen hatte, das die gegen ihn erhobenen Vorwürfe prüfen sollte und sich der in leichtsinniger Weise beschuldigte diesem Schiedsgericht unterworfen und als Schiedsrichter bereits die Herren Dr. Emerich Rabba und Dr. Erich Feger namhaft gemacht hatte. Der Umstand, daß diese Schiedsrichter bereits ihr Schiedsamt angenommen und Herr Dr. Podgman, aus dem Willen des Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu übernehmen sich bereit erklärt hatte, hat die Gewähr geboten, daß die gegen Herrn Anforge erhobenen Vorwürfe genau und objektiv untersucht werden würden. Der Ausschluß Anforges unmittelbar nach der von Herrn Dr. Podgman durchgeführten „Vorprüfung“ etweder den Anschein, daß man das Schiedsgericht durch diesen Ausschluß unmöglich machen wollte, weil man dessen Ergebnis fürchtete. Damit hat sich die Parteileitung selbst verurteilt.“

Ich verurteile das Vorgehen der Parteileitung auf das Schärfste in dem Bewußtsein, daß Herr Anforge nur deshalb von gewissen Kreisen in der Partei seit Jahr und Tag an-

gefeindet wird, weil er mir als Parteivorständigen und auch nach meinem Austritt die Treue und Gefolgschaft bewahrt hat.

Der Streich, den die Parteileitung mit ihrem Beschluß gegen Herrn Anforge geführt zu haben glaubt, richtet sich somit mittelbar gegen mich. Da ich, wie Sie wissen dürften, in derselben Form verdächtigt wurde wie Herr Anforge, muß ich aus diesem Beschluß der Parteileitung die Folgerung ziehen.

Ich habe mich von jeder politischen Betätigung zurückgezogen aus Gründen, die ich hier nicht erörtern möchte.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich mich von heute an nicht mehr als Mitglied der Deutschen Nationalpartei betrachte.

Mit deutschem Gruß

Ihr ergebener

Dr. Brunar e. h.

Dieser Brief läßt einen tiefen Blick in das Getriebe deutscher Treue und Ehrlichkeit tun, das aller weltlichen Tücke abhold, nach der Sitte der Altvordern den lieben Nächsten laßbütig abfragt. Es scheint da ein überaus nobles Spiel zu Ende gegangen zu sein! Man sagt einem Angeklagten ein Schiedsgericht zu, gewinnt den Grund der Partei als Schiedsrichter und wirft dann, ehe das Schiedsgericht noch getagt hat, den mißliebigen Rebellen einfach hinaus.

Politisch interessant aber ist die Methode, mit der hier eine Partei ihr natürliches Ende beschleunigt: wie es aussieht, ohne jede Ahnung von der Wirkung ihrer Taten. Die Nationalpartei hat bei den Gemeindevahlen eine furchtbare Niederlage erlitten, die fünfte seit 1925. Jedes Schlußwort kann sich an den Fingern abzählen, wie lange diese Partei überhaupt noch existieren kann. Schon heute scheint es sicher, daß sie aus eigenen Kräften kein Parlamentsmandat mehr erringen wird. Sie hat die Angestellten an die Nazi, die Fabrikanten zum guten Teil an die KKK verloren. Nun leistet sie sich den Luxus, führende Leute auszuschießen und andere hinzuzusetzen, um irgendwelchem politischen Ehrgeiz ratloser Unterführer zu genügen. Das kann das Ende nur in einen raschen Selbstmord verwandeln. Die Nationalpartei scheint rettungslos verloren und dürfte aus dem politischen Leben des Sudetendeutschens über kurz oder lang verschwinden. Sie geht seit Podgman's Abschied von der Politik unaushaltbar den Weg zum Grabe, obwohl eine zielklare und entschiedene Politik ihr sicher eine gewisse Wirkungsmöglichkeit geschaffen hätte. Ob für die sudetendeutsche Politik als Ganzes damit etwas gewonnen ist, bleibt fraglich. Eine fruchtlose, aber ehrlich radikale Politik wäre ein geringeres Verhängnis des nationalen Ausgleichs gewesen als es die durch den Selbstmord der Nationalpartei gestärkte Nazipolitik mit ihrem verlegenen Radikalismus und ihrem Scheinkampf um die Autonomie ist.

Diktator Hunenber.

Nach Hitlers Muster.

Berlin, 2. Dezember. Der Führer der Deutschnationalen Hugenberg ließ sich in einer für heute rasch eintretenden Vertreterversammlung der Partei, wobei Funktionäre der Partei aus ganz Deutschland anwesend waren, eine außerordentliche Vollmacht erteilen, nach der er die Parteistatuten, falls er dies für notwendig anseht, suspendieren und in der Partei diktatorische Vollmacht ausüben kann.

Not mordet Gesundheit.

Prof. Genosse Land'er liefert erschreckende Zahlen und Daten.

Wien, 2. Dezember. Der Wiener Stadtsenat setzte gestern die Beratung über den Vorschlag für das Jahr 1932 fort. Bei dieser Gelegenheit erstattete Stadtrat Professor Dr. Land'er einen eingehenden Bericht über die Bevölkerungsbewegung und die Gesundheitsverhältnisse. Während im Jahre 1900 in Wien 51.000 Geburten zu verzeichnen waren, werden es im heurigen Jahre nach den Angaben des Professors Dr. Land'er nicht einmal mehr 17.000 sein. Wir haben, sagte der Referent, auf der einen Seite einen Gebur-

tenrückgang, auf der anderen Seite schreitet aber die Vergreisung der Menschheit ständig vorwärts. Erschreckend ist auch besonders die zunehmende Zunahme der Zahl der Frisinnfälle, die letzten Endes die furchtbaren Auswirkungen des Alkoholismus sind. Der Prozentsatz der minderwertigen Menschheit wird von Jahr zu Jahr immer größer. Die minderwertigen Menschen fallen naturgemäß dem Wohlfahrtswesen zur Last, und die Ausgaben für die Pflege dieser Menschen steigen enorm.

Frevles Spiel.

Auch der weniger aufmerksame Beobachter der politischen Vorgänge wird in der Politik der bürgerlichen Parteien eine Gemeinsamkeit leicht erkennen: in ihrer gehässigen antisozialistischen Einstellung und in ihrem Arbeiterhaß. Diese Gemeinsamkeit trotz aller nationalen und politischen Verschiedenheiten stammt nicht von heute, sie ist so alt, als es eine Arbeiterbewegung gibt und sie hat sich, je mehr die Arbeiterklasse unter der Führung der Sozialdemokratie zu einem politischen Faktor geworden ist, um so mehr gesteigert. Alles was geschieht oder auch nicht geschieht, wird von den bürgerlichen Parteien unterschiedslos unter dem Gesichtswinkel betrachtet, wie es gegen die gehähte und gefürchtete Sozialdemokratie ausgenützt, wie ihr Schaden zugefügt werden könnte. Die einen wie die andern, sie gehen wohl nach verteilten Rollen vor, doch das Ziel ist dasselbe, das ist, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun, das Vertrauen der Massen zu ihren Führern zu erschüttern und wenigstens jene Schichten, die politisch weniger aufgeklärt sind, zu sich herüberzuziehen, um die Kraft der im Lager des Sozialismus stehenden Arbeiterschaft zu schwächen.

Mit verteilten Rollen! Vor zwei Jahren, als noch der christlichsoziale Dr. Mayr-Darling in der Regierung als Minister saß, hätte niemand gahnt, welches Maß von Liebe beispielweise die Christlichsozialen für die Rabenmitten und Rotleibenden übrig haben. Ihre Abgeordneten stimmten damals wundöglich mit beiden Händen für alles, was der an der Herrschaft befindliche Bürgerblock an volksfeindlichen Maßnahmen und Gesetzen ausstieß. So nebenbei bemerkt: auch die deutschen Nationalsozialisten und Kommunisten bewiesen dieser nach Vernichtung aller politischen und sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse unterstützten Bürgerregierung ein ungleich größeres Wohlwollen und eine größere Tatkraft, als der gegenwärtigen, in der auch die sozialistischen Parteien vertreten sind. Aber das sei nur so nebenbei konstatiert. Die Christlichsozialen also, vier Jahre lang in der Regierungsmehrheit, können auf keinerlei den Beamten, den Angestellten und Arbeitern bewiesenes Entgegenkommen als ihr Verdienst in dieser Zeit hinweisen und wie Valaten dienen sie ergeben den nächsten Gedankinteressen der Kapitalisten und dem tschechischen Imperialismus. Seither schlugen sie ihre Wurzelbäume nach der anderen Seite. Sie vergaßen Krokodilstränen, weil nach ihrer gegenwärtigen Meinung so wenig zur Behebung der Krise und zur Vinderung der Not der Krisenopfer geschieht, wofür — und hier zeigt sich der Pferdeschuh der Ehrenwerten — sie natürlich die sozialistischen Parteien verantwortlich machen. Ueber die unsoziale Gesinnung ihrer bürgerlichen Klammernossen in der Regierung: kein Wort. Ein besonderes Betätigungsfeld für ihre scholle Demagogie erblickten sie in der Notstandsmahnahme der Reduktion des sogenannten dreizehnten Monatsgehaltes der öffentlichen Angestellten. Um sich diesen in empfehlende Erinnerung zu bringen, ziehen sie gegen die sozialistischen Parteien, deren Einfluß in der Regierung gerade noch hinreichte, um Schlimmeres zu verhindern und die Reduktion zu verbessern, leider aber nicht soweit, um sie zu verhindern, zu Felde: „Bedankt euch bei den Sozialdemokraten!“ So geht es in allen Tonarten. Als den öffentlichen Angestellten im Vorjahre durch den Druck der sozialistischen Parteien dieser dreizehnte Monatsgehalt bewilligt wurde, da hieß es nicht: „Bedankt euch bei den Sozialdemokraten!“ Auch hätten sich die Herren Christlichsozialen in Erinnerung zu bringen, daß es mit ihre Schuld ist, wenn durch das von ihnen mitbeschlossene Rüstungsfondsgesetz und durch die Steuerreform andere Möglichkeiten der Aufbesserung der Staatsfinanzen im Augenblick so gut wie ausgeschöpft sind.

Wenn die einen der bürgerlichen Parteien glauben, mit dieser geheuchelten Besorgnis um das Wohlergehen der Kleinen diese gegen die Sozialdemokratie aufzuspielen zu können und auf diese Weise gegen die Vertretung der Arbeiterklasse anstürmen, betätigen die anderen ihre Arbeiterfeindschaft weit offener und ungeschämter. Allen voran belegen die Kanonen der tschechischen Agrarier, welche in der Front der Scharfmacher die Avantgarde zu sein sich bemühen, die sozialistischen Stellungen mit einem wahren Trommelfeuer und es ihnen gleichzutun, sind auch die tschechischen Nationaldemokraten und tschechischen Merkantilisten eifrig bemüht. Noch nie vor dem feierte die antisozialistische Gesinnung des tschechischen Bürgertums solche Organe wie jetzt, nie vor dem wurde von seiner Presse die Aufregung zum Klassenhass so robust und offen betrieben, wie in diesen Zeiten der Krise, da zahllose Arbeiterfamilien am Rande der Verzweiflung stehen und die noch in Arbeit stehenden Menschen in banger Sorge dem Tage entgegensehen, da auch sie das Schicksal, auf die Straße geworfen zu werden, ereilt. Davon, daß die jetzige außerordentliche Zeit auch außerordentliche Maßnahmen verlangt und daß es angesichts der Massenarbeitslosigkeit jetzt die allerbeste Aufgabe sein muß, dafür zu sorgen, daß die armen Opfer dieser wahnwitzigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung wenigstens ihr Leben fristen können, davon hat die tschechische Agrarpartei und ihr Befolge noch kaum Notiz genommen. Noch immer stellt sie die Interessen der Agrarbourgeoisie und neustens auch jene der städtischen Hausbesitzer in den Vordergrund. Sie nennt sich die staats-erhaltende Partei, verteilt über patriotische Gesinnung Jesuren und Noten, dabei betrachtet sie selbst in dieser kritischen Zeit den von ihr angeblich so geliebten Staat als ihr Neßgut, auf dem die anderen nur die Gedulden, die Vasallen, ihre Angehörigen dagegen die Nutznießer zu sein haben. Tagtäglich richten ihre Organe eine Flut von Angriffen gegen den sozialdemokratischen Fürsorgeminister, weil er nach ihren moralischen und sittlichen Begriffen eine zu große Fürsorge für die Arbeitslosen entwickelt und über die Arbeitslosen schreiben sie in einer Art, als wenn diese sämtlich Faulenzer und arbeitscheue Elemente wären, die auf Staatskosten ein subarristisches Leben führen und kein größeres Glück kennen würden, als die Arbeitslosenunterstützung zu beziehen oder in den Besitz von Lebensmitteln- und Milchsorten zu kommen. Ihnen eifern ihre Brüder im Geiste, die Nationaldemokraten nach, so schreibt beispielsweise ihre gestrige „Narodni Politika“, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür aufzubringen, die Arbeitslosigkeit habe einen ungemöhnlichen Umfang angenommen, nicht nur weil Mangel an Arbeit herrscht, sondern auch wegen „des eifervollen Zusammensuchens der Arbeitslosen“, auch werde Mißbrauch mit der Arbeitslosenunterstützung geübt, es gebe Beschäftigte, Ausgedingene und Saisonarbeiter, welche die Unterstützung beziehen — lauter Behauptungen, für die nicht ein Beweis erbracht wird. Und daß der größte Teil der Arbeitslosen gar nicht arbeiten wolle, dafür scheint dem feinen Bourgeoisblatt Beweis, daß es in

Prag 30.000 Beschäftigungslose gibt, von denen, wie angeblich amtlich festgestellt wurde, aber nur 7000 tatsächlich arbeitswillig seien. Welches Maß von Wahrhaftigkeit und sozialer Einsicht ein bürgerliches Blatt seiner Leser-schaft bieten darf, geht schon daraus hervor, daß es in Prag nicht 30.000, sondern nur 10.000 Arbeitslose, was nicht nur die Statistik des nationaldemokratischen Blattes, sondern auch seine Gewissenhaftigkeit illustriert. Auf dem gleichen Niveau der Borniertheit und Arbeiterfeindschaft bewegt sich die gesamte Politik der herrschenden bürgerlichen Parteien. Sie können es nicht verwinden, daß auch Sozialisten an der Regierung teilnehmen, sie suchen diese um jeden Preis an die Wand zu drücken, um schrankenlos herrschen und

Hakenkreuzler-Konsequenz.

Keine Partei zeigt solche Widersprüche zwischen den Erklärungen ihrer Führer und ihrer Taten wie die nationalsozialistische. Hitler erzählt den gläubigen Richtern und Staatsanwälten über die Legalität seiner Bewegung und in den verschiedenen „braunen Häusern“ des Reichs liegen — wie die kleine Demaskierung in Hessen bewies — bis ins Detail ausgearbeitete Pläne. Eine Lieblingsparole der Nazis heißt: „Schutz dem deutschen Arbeitsplatz.“ Herr von Korkwanz, ihren pommerischen Reichstags-abgeordneten, hindert das durchaus nicht, polnische Landarbeiter auf seinen Gütern zu beschäftigen.

Zu den Widersprüchen zwischen Worten und Taten, zwischen den Worten, mit denen sie die Massen ihrer Wähler belügen und zwischen den Taten, die sie gegen das Interesse dieser Massen zur Ausführung bringen, gesellen sich die Widersprüche der von den verschiedenen Nazitheoretikern verzapften Ansichten. Selbst in der obersten Führung des deutschen Faschismus diesseits und jenseits der Suberen besteht ein einseitiger politischer Wille nicht. Ihr erstes programmatisches Fundament war ja überhaupt keine theoretische Erkenntnis, sondern die hohle, nackte Phrase, die nur auf den politisch am wenigsten geschulten Teil der Wähler Anziehungskraft ausüben konnte. Erst später, als ihnen die ersten Opfer auf den Leim gegangen waren und ihre ersten parlamentarischen Vertreter, die Bänke des Reichstages zierten, legten sie sich eine scheinbar wissenschaftliche Begründung für ihre Phantasien von Rassenrecht und Forderung zurecht und bekannten sich zu Schülern dreier von der Entwicklung längst überholter Volkswirtschaftler der vorkapitalistischen Zeit. Adam Müller, Thünen, List wurden aus ihrer friedlichen Grabstätte aufgeweckt und marschierten als Anzuegen gegen den Marxismus auf. Trotz dieser Reserven aus dem vorigen Jahrhundert ist es den Nationalsozialisten nicht gelungen, zu einem klaren und eindeutigen Standpunkt in entscheidenden Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu gelangen. Wir wollen zwei berühmten Persönlichkeiten des dritten Reichs das Wort geben, um ihre diametral entgegengesetzten Ansichten über den Klassenkampf und über den Standestaat zu hören. Der eine Göbbels, der präsumptive nationalsozialistische Reichsinnenminister, hat seine Wahrheit in einem unterhaltsamen Büchlein festgelegt, im bekannten „Kleinen ABC des Nationalsozialismus.“ Es erschien im Berliner Kampferlag, von wo aus auch die Broschüre unseres zweiten Helden, des Parteiführers Jung auf

Staat und Volk als willige Melkkuh ausbeuten zu können. In ihrer Skrupellosigkeit hält es die tschechische Agrarpartei unter andern gerade jetzt für angemessen, mit ihrer Forderung nach Beseitigung des Mieter-schutzes hervorzutreten und wenn sie schon seiner Verlängerung um einige Monate ihre Zustimmung geben soll, dann will sie wenigstens dafür bezahlt sein und sie fordert als Ersatz die Annahme des Benzinmischungs-gesetzes, dessen Hauptwirkung die Verteuerung der Kartoffeln inmitten des schrecklichen Hungertinters wäre. Die traurigen Ereignisse von Freiwaldau scheinen dieser Bourgeoisie noch nicht genug Mahnung und Warnung zu sein. Bedenken die politischen Parteien des Bürgertums ihr freies Spiel weiter fortzusetzen?

die Menschheit losgelassen wurde. Die Broschüre trägt den Titel „Nationales oder internationaler Sozialismus?“

Ihre Ansichten über den Klassenkampf sind folgende:

Göbbels: Will die NSDAP den Klassenkampf zur Erreichung ihres Zieles? Nein, die NSDAP will nicht den Klassenkampf, sie will den Kampf gegen den Klassenkampf. Der Klassenkampf zerreißt das Volk in zwei Teile und macht es unfähig, eine Nation zu werden.

Jung: Die Partei erklärt weiter, daß sie sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt, insofern, als darunter die Auseinandersetzung zwischen schaffender Arbeit und arbeitslosem Einkommen verstanden wird.

Es geniert Herrn Jung gewiß nicht, daß er seine Forderung nach Klassenkampf, die in einer von ihm verfaßten Resolution des Tropauner nationalsozialistischen Parteitag wiederkehrt, dem „jüdischen Marxismus“ entlehnt. Der „Klassenkämpfer“ Jung dürfte wohl ebenso wenig den Schreden der Kapitalisten erregen, wie die italienischen faschistischen „Massenkämpfer“ des Jahres 1919.

Wie sollen die staatlichen Einrichtungen des dritten Reiches beschaffen sein? Auch diese Frage ist für die Nationalsozialisten ein wichtiges Problem. Daß zuerst die Diktatur der Braunhemden aufgerichtet wird, das ist für alle selbstverständlich. Aber was geschehen soll, wenn die Köpfe der Juden und Marxisten, die heute auf den schwarzen Listen des „braunen Hauses“ stehen, in den Sand gerollt sind, darüber herrschen die größten Unklarheiten. Die einen wollen mit Göbbels eine Ständekammer, P. Jung ist aber auch hier anderer Meinung:

Göbbels: Wodurch soll diese nationalsozialistische Diktatur abgelöst werden? Durch ein berufständisches Parlament, das vom ganzen schaffenden deutschen Volke, nicht nach Parteigruppen, sondern nach Berufsständen geschichtet, gewählt werden soll.

Jung: ... der Parlamentarismus ist alt geworden und entartet, das Leben drängt nach neuen Formen. Die sind aber nicht in einem Erbsch durch eine Stände- und Wirtschaftskammer — auch eines der Rezepte — gegeben, denn das dieße der Wirtschaft ungeheure Vorrechte einräumen und die großen Fragen der Weltanschauung vollständig ausschalten, d. h. alles materialisieren und mechanisieren.

Armer Göbbels! Er muß es sich sagen lassen, daß er materialistischen Ideen huldigt, noch dazu

in einer der „Keinen Kampfverlag-Broschüren“, zu denen auch sein unsterbliches „Kleines ABC des Nationalsozialismus“ gehört, das künftigen Geschlechtern ein ausschlagreiches Dokument über den geistigen Tiefstand der Politik dieser Tage sein wird.

Gegenstück zum Fall Offieky

und ein Schlag aufs Maul gewisser Humanisten!

Der kommunistische Abgeordnete Viktor Stern, der wohl außer jedem Verdacht steht, unsere Sympathien zu genießen, ist auf Grund des Schutzgesetzes zu einer dreimonatigen Kerkerstrafe, verurteilt durch Festsitz, und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Gegenstand der Anklage bildeten Äußerungen Sterns in einer Versammlungsrede, in der er zu „Militärverbrechen“ aufgefordert haben soll!

Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedeutet, daß Stern sein Mandat, seinen Dokortitel und sein Wahlrecht verliert. Es scheint, daß die Gerichte, die nicht im Traum daran denken, einem politischen Angeklagten gegenüber von dem Widerstandsrecht des Staatsgefängnisses Gebrauch zu machen, im Gegenteil ihr Mißfallen mit dem Gesetz und seinen Schöpfern durch Justamenturteile demonstrieren wollten — was freilich nur die von uns schon früher gerügte Unzulänglichkeit des Gesetzes bloßlegt, das es der richterlichen „Einsicht“ überläßt, ob ein Angeklagter der Vergünstigung zuteil wird oder nicht.

Es kann wohl schon jetzt gesagt werden, daß die Patenidemokraten, die sich tagtäglich für ein demokratisches Deutschland und ein demokratisches Ungarn erwarren und ihrer Unterstützung über die Verurteilung Offieky's Lust machen, keinerlei Empörung über das ungewöhnlich harte Urteil gegen Stern an den Tag legen werden. Und da der Herr Außenminister auch außer Lande den Presse-Apparat kräftig zu schmettern versteht, wird jenseits der Grenzen von diesem Urteil, wie von dem gegen Ruzik oder von dem Ritualmordprozeß von Tella Berznye nicht die Rede sein!

Beratungen über die Benzinmischung.

Im Finanzministerium fand gestern eine Beratung der Behörden und der Vertreter der Koalitionsparteien über die Benzinmischungsangelegenheit und über die Gesamtregelung der Spirituswirtschaft statt. In der Sitzung war der Finanzminister Dr. Traupel selbst anwesend. Die Sozialdemokraten stellten sich auf den Standpunkt, daß die Frage der Mischung von Benzin mit Spiritus erörtert werden sollte, wenn die Preise dadurch nicht erhöht werden würden. Dafür kann aber heute niemand die Garantie übernehmen. Nach den heutigen Schätzungen würde die Durchführung des agrarischen Antrages eine Verteuerung des Antriebstoffes um 30 Heller pro Liter, also um 12 Prozent bedeuten. Der Staat würde an Gebühren und Zöllen 43 Millionen Kronen, die übrige Wirtschaft 60 Millionen Kronen einbüßen. Der Antrag der Agrarier würde also, wenn er durchgeführt werden würde, die Volkswirtschaft 103 Millionen Kronen kosten. Der Finanzminister schloß die vierstündige Sitzung mit der Mitteilung, daß er eine Enquete aller Interessenten, also der Konsumenten, der Spiritusfabriken, der Kartoffelproduzenten usw. einberufen und nach ihrem Ergebnis in den politischen Verhandlungen verfahren werde.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Altschul

Das war Doktor Adolf Tolpe, der Direktor der Handelsakademie, der Lehrer und Führer von zweihundert jungen Menschen, die sich auf das Leben vorbereiteten. — — —

Die Tür wurde geöffnet. Franzl suchte zu kommen. Es war die erste Mathematikstunde. Es konnte auch Tolpe kommen.

Professor Stromer trat ein. „Gott sei dank, nicht der Tiger“, sagte jemand halblaut.

Stromer verließ ein Lachen. „Zehen“, sagte er und begann mit den Massenbucheintragungen. Dann machte er einen Rundgang durch die Klasse.

Es war ganz ruhig. In seinen Stunden unterhielt man sich leise.

Stromer ging von Bank zu Bank, begrüßte jeden einzelnen als alten Bekannten, dankte für Kartengrüße, erzählte Sommererlebnisse.

Franzl hatte zufällig ein beinahe ausgeschriebenes Heft auf dem Pult liegen, als Stromer bei ihm anlangte.

„Was ist in Sie gefahren, Manzberg“, rief er erstaunt, „Sie haben ja schon ein Heft vorbereitet? Was hat vielleicht die bevorstehende Matura? Wollen Sie sich für den Rest des Schuljahres nicht doch lieber ein neues kaufen?“ meinte er.

Franzl schien von der Notwendigkeit dieser Anschaffung nicht völlig überzeugt zu sein. „Steht es dafür?“ fragte er und begann das alte Heft nochmals eingehend auf seine Zulänglichkeit zu prüfen.

„Ich glaube, es steht noch dafür, lachte Stromer, „das Schuljahr ist ja noch nicht ganz zu Ende.“

„Also gut“, sagte Franzl, als hätte er sich zu einem schweren Entschluß durchgerungen, „aber auf Ihre Verantwortung, Herr Professor.“ Die Klasse grüßte. Stromer lachte auch. Plötzlich bemerkte er die dunklen Flecke an der Tür.

„Was bedeutet diese Kriegsbemalung?“ fragte er und besah sich die Spuren von Tolpes Besuch aus der Nähe. „Das scheint Tinte zu sein. Wie kommt die daher?“

Horn stand auf. „Der Herr Direktor war gestern in der Klasse.“

„Nun, und? Was hat das damit zu tun?“ „Und ein Tintenfaß hat sein Ziel verfehlt.“

Stromer horchte auf. Das war während seiner zwanzigjährigen Tätigkeit in dieser Anstalt noch nie vorgekommen. Sollte das der Anfang eines Endes sein? Es wäre nicht zu verwundern gewesen. Tolpe trieb es zu arg.

Tolpe mußte aber doch etwas davon bemerkt haben. Warum hat er die Sache inschweigen wollen und nicht, wie es seine Gewohnheit war, eine außerordentliche Konferenz zur Bestrafung der Schuldigen einberufen? War sich Tolpe seiner Macht nicht mehr sicher? Glaubte er, dieser Klasse nicht gewachsen zu sein? Oder führte er etwas anderes im Schilde?

Solche Gedanken schien Stromer zu haben, als er von der Tür zum Ratheder schritt. „Wir wollen jetzt mit dem Lehrstoff beginnen“, sagte er und schrieb ein Beispiel ... die Tafel.

Nach der Pause kam Professor Krüger. Er hatte Buchhaltung und Handelskorrespondenz zu unterrichten.

„Waschen's doch kein solchen Wirbel“, war sein erstes Wort, als er unter Hochrufen in die Klasse kam.

Er war Oesterreicher und sprach fast immer ein wenig im Dialekt. Das allein trug schon zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei.

Außerdem liebte er das Strebertum nicht, hatte Sinn für Wit und schien selbst unter Tolpes Druck zu leiden. War also eher Verbündeter als Lehrer. Darum wurde er nicht behelligt und seine Stunden verliefen verhältnismäßig ruhig.

Krüger unterschied auch nicht zwei Gruppen von Schülern, wie es Tolpe tat, der nur „vertrauenswürdigere Schüler“ und „ehrlose Buben“ kannte. Für Krüger waren alle gleich, einige mehr, einige minder begabt, aber alle, ohne Ausnahme junge Menschen, die erst im Leben zeigen würden, was sie wert wären. Deshalb war er bei den Strebern nicht beliebt.

Er war selbst jung, war noch keine dreißig und stand den Schülern am nächsten, da er im Gegensatz zu seinen Kollegen seine Macht nicht fühlen ließ.

Besonders Franzl und Horn hatten sich ihm angegeschlossen und sahen in ihm mehr einen Freund als einen Lehrer. Sie verbrachten viele freie Stunden mit ihm und auch er schien sie gern zu haben.

Krüger hielt nun eine Art Antrittsrede. „Ich werde“, sagte er, „die letzte Klasse ein bißchen anders führen, als ich bisher getan habe. Bei mir brauchen's net lernen, müssen's gar kein Buch anschauen, aber können müssen's halt was. Wie Sie das machen, ist mir ganz wurscht. Vergessen's nur net, die Matura machen Sie und net ich.“

Er wurde unterbrochen, da der Schuliener das Umlaufbuch brachte. Eine Stundenplan-änderung.

Krüger las vor und nannte gleichzeitig die Professoren.

„Geschichte, Geographie — Heber, Mathematik — Stromer, Buchhaltung, Korrespondenz — meine Benigkeit, Deutsch — Samarek, Englisch — Dabsein, Französisch — Köfler, Rechnen — Schipper, Warenkunde — Peterka, Handelsrecht — Sieber.“

Er klopfte das schwarze Buch zu. „Danke“, sagte er zum Schuliener, der sich eben mit Lion über die Würstel unterhielt, die er in der Zehnurbpause verkaufen wird.

Die Stunde war zu Ende. Alles strömte auf den Gang, wo die Frau des Schulieners die besprochenen Würstel verkaufte.

„Willst du nicht einen Tschif rauchen?“ fragte Horn Franzl, und sie gingen gemeinsam in den Rauchsalon.

Ein fast undurchdringlicher Qualm schlug ihnen entgegen. Zu zehn, zu zwölf stonden die Schüler zusammengesetzt in den verbotenen Zigaretten und jogten vergnügt an den verbotenen Zigaretten.

„Wenn da ein Prof herein kommt“, sagte einer aus dem zweiten Jahrgang, der zum ersten Mal hier war.

„Ruch“, fuhr ihn ein Aelterer an, „kommst ja weggehen, wenn du beschiffen bist.“

„Das ist ja unser Rauchsalon“, sagte ein anderer und hielt mit Mühe die Folgen der ungewohnten Zigarette zurück.

Nemand klopfte. „Schon kein Platz mehr“, kam es von innen zurüd.

„Aber ich muß auf die Seite“, sagte eine klägliche Stimme.

„Dann geh' in die Direktionskanzlei. Der Abort ist nicht dazu da.“

Die Stimme schwieg resigniert. Es läutete. Zigaretten fielen zischend in die Aschen. Man eilte in die Klassen.

Im Vorbeigehen sah Franzl einen kleinen Jungen, der sich ganz ängstlich an die Wand drückte.

„Kommst schon hineingehen“, rief er ihm zu. „Zu spät“, sagte der Unglückliche und verschwand schnell in einer Kabine.

Georg legte eine Platte auf das Grammophon.

(Fortsetzung folgt)

Die wahren Ursachen der Industriekrise.

Kopflöse Rationalisierung. — Die Rallier der Bankmagnaten.

Prag, 2. Dezember. Im Abgeordnetenhaus wurde heute nach Abschluß der Gruppe „Wirtschaft und Verkehr“ sofort die Beratung der letzten Budgetgruppe, der Finanzen, in Angriff genommen. Für die morgige Sitzung sind nur noch zwei Redner in Aussicht genommen, so daß das Schlußwort des Referenten, die Verlesung der Abänderungsanträge und Resolutionen sowie die Abstimmung selbst im Laufe der ersten Nachmittagsstunden beendet sein dürfte. Für Freitag ist bereits der Senat einberufen, um die Zuweisung des Budgets an den Ausschuß vornehmen zu können.

Das Parlament soll sich dann bis Ende nächster Woche vertagen; in der Zwischenzeit sollen jedoch einzelne Ausschüsse tagen. Der Rest des Vorkriegsprogramms, dessen Details von der Regierung erst noch festgelegt werden müssen, soll bis spätestens 18. oder 19. Dezember im Plenum fertiggestellt werden.

Wie verlautet, wird sich der morgige Ministerrat u. a. mit dem vom Justizministerium bereits fertiggestellten Entwurf eines Kartellgesetzes beschäftigen, das schon in den nächsten Tagen dem Parlament vorgelegt werden soll.

Genosse Kaufmann

eine außerordentlich instruktive Uebersicht über die tieferen Ursachen der schweren Industriekrise, zu denen neben alten Sünden unserer Handelspolitik vor allem die ungeheuerlichen Mißgriffe der „prominenten“ Wirtschaftsjührer zählen, die in der Zeit der vorübergehenden Konjunktur der letzten Jahre jeden Maßstab verloren und darauf los rationalisierten, ohne auch nur im mindesten zu fragen, was mit den erübrigten Arbeitskräften und mit den in Massen und wahllos produzierten Waren denn eigentlich einmal geschehen solle. In diesem ungeheuerlichen Uebermaß kam noch eine ungeheuerliche Raffgier der Bankgewaltigen hinzu, die in einem Jahr mehr als eine Milliarde Kronen der Wirtschaft an „Entlohnungen“ für diese Pfuscherarbeit erpreßt haben.

Genosse Kaufmann führte u. a. aus:

Die Ziffern des letzten Voranschlags sind heute durch die katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftssituation zu einem großen Teil fiktiv geworden; die Steuerkraft des Staates ist so weit gesunken, daß der Finanzminister nicht einmal die Mittel für den 12. Monatsgehalt aufzubringen erklärt. Dieses Finanzjeld resultiert nicht nur aus dem Kräftezustand unserer gesamten Wirtschaft infolge Rationalisierung, Ueberindustrialisierung, Verlesung der Konsumkraft von Millionen und Zerschlagung des Vertrauens der Völker und Staaten zueinander, sondern zu einem erheblichen Teil aus den Fehlern, die seitens der Regierungen dieses Staates schon seit dem Umsturz auf handelsvolkswirtschaftlichem Gebiet gemacht wurden. Die jahrelang auf diesem Gebiet gemachten Sünden rächen sich nun an unserem Export und an den bedauerenswerten Opfern der Wirtschaftskrise!

In der Handelspolitik gilt eben der Grundsatz: Wenn du verkaufen willst, mußt du auch kaufen! Das wollen aber unsere Agrarier nicht einsehen.

daß wir, wenn wir verkaufen wollen, unter Umständen auch Agrarprodukte kaufen müssen. Solange uns die Not nicht drückt, stehen unsere Industriellen den Agrariern mit Rücksicht auf die Geschäftlichen, die die Agrarier ihnen im Kampf gegen die Arbeiter leisten, alle mögliche Unterstützung angedeihen und unterbreiten immer wieder die Interessen der Industrie den agrarischen Wünschen; wenn sich jetzt die Folgen dieser Politik einstellen, dann schreien sie auf und verlangen nicht nur vom Staate, sondern in Form von Lohnabbau auch von der Arbeiterschaft Hilfe und Unterstützung!

Die Rückwärtsentwicklung unseres Außenhandels hat in den letzten Monaten einen erschreckenden Umfang angenommen. Unsere Ausfuhr nach Deutschland ist seit 1927 um 50 Prozent zurückgegangen, nach Ungarn gar um vier Fünftel. Rückgang der Ausfuhr bedeutet aber gleichzeitig Verminderung der industriellen Produktion und damit Steigerung der Arbeitslosigkeit. Das bedeutet im Weltmaßstab eine so ungeheure Verminderung des Konsums, daß dadurch wohl das wesentlichste Moment unserer gegenwärtigen Wirtschaftskrise angezeigt und begründet ist.

Ueberrationalisierung

Ein weiteres Moment ist die Ueber-rationalisierung unserer Wirtschaft, die auch bei uns ihre schrecklichen Auswirkungen zeigt. Nur ein Beispiel: In dem neuen Wertpapierkennzeichen heute produzieren täglich 120 Waggon Platinen erzeugen, früher brachten es 80 Arbeiter nur auf 45 Waggon! So ungeheuer groß ist im Gefolge der Rationalisierung die Ausschleudung lebender Arbeitskräfte aus der Produktion und damit auch aus dem Konsum! Diese Rationalisierung der Betriebe hat aber auch noch andere Auswüchse mit sich gebracht, die Betriebsstilllegungen und Verlegungen. Nothaus-Rendel ist nicht der einzige Betrieb, der modern war und noch Jahre und Jahrzehnte hätte produzieren können, aber einfach stillgelegt wurde. Dadurch werden ganze Industriegebiete auf einmal in Notstandsbereiche umgewandelt! Bei der Ueberindustrialisierung der Welt damals das Uebel schon in der Kriegszeit. Damals mußten sich einzelne Länder gewisse eigene Industrien aufbauen, die aber nach dem Kriege nicht

wieder aufgelassen wurden; viele Industrien mußten nach dem Kriege im Ausland neue Betriebsstätten errichten, um allen Schritten aus dem Wege zu gehen. Das Resultat ist, daß wir viele neue Betriebe haben, deren Kapazität für eine vernünftige Bedarfsproduktion viel zu groß ist. Europäisches Kapital geht heute in großen Mengen nach Indien, um dort große Textilbetriebe, Stahl- und Eisenwerke zu errichten, die uns in Europa dann schwere Konkurrenz machen.

Redner führt weiteres darüber Klage, daß das Handelsministerium bei der Durchführung des Gesetzes über die Exportkredite äußerst bürokratisch vorgeht und dadurch erst in der letzten Zeit wieder Auslandsaufträge von 370 Millionen unserer Schwerindustrie verloren gegangen sind. Das bedeutet, daß Hunderte von Arbeitern drohtlos werden, für die die Arbeitslosenunterstützung flüssig gemacht werden muß.

Die Herrschaft des Bankkapitals

Ein weiterer Punkt ist das Verhalten der Banken zu unserer Industrie, das wahrscheinlich in den nächsten Wochen zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit führen wird. Diese Institute, die eigentlich zunächst nur eine Vermittlerrolle zwischen dem Uebergewinn erzeugenden und den kapitalbedürftigen Unternehmungen hatten, sind heute zu Beherrschern, ja zu Eigentümern eines großen Teiles unserer Industrie geworden. Sie haben einen großen Teil der Betriebe in ihren Besitz übernommen, haben dadurch ihre Mittel vielfach festgelegt und können jetzt größere Kapitalien für industrielle Zwecke nur schwer flüssig machen. Selbst große Unternehmungen, die sich mit Aufträgen bis ins nächste Jahr versorgen könnten, wenn ihnen die Banken Kredit gewährten, erhalten diesen nicht. Die Banken lehnen einfach jede Kreditgewährung auch auf sichbare Kredite ab, verlangen die Abdeckung der alten Konten und so kommt es zu weiteren Arbeiterentlassungen. So führen die Banken selbst die Vernichtung der von ihnen abhängigen Unternehmungen herbei!

Hiesige Direktorengelälter

An der Krise ist selbstverständlich auch der Umstand mit schuld, daß die erarbeiteten Werte in Form einer falschen Einkommensverteilung der Wirtschaft zum großen Teil entzogen werden.

Der Direktorenkörper unserer Banken, zu dem vielleicht zwei Duzend erster Wirtschaftsführer gehören, zusammen 345 Personen, hatte, wie ich feststellen konnte, zuletzt ein Jahreseinkommen von 1,2 Milliarden Kronen! Die Bezüge schwanken zwischen 300.000 Kronen und 14 Millionen!

Von diesen 1,2 Milliarden ist zumindest eine Milliarde ein gänzlich unberechtigter Ueberverdienst, der glatt der Wirtschaft entzogen wird und vor allem nicht in der Form zirkulierenden Kapitals in der Wirtschaft zu wirken vermag.

Von dem Ueberverdienst dieser 345 Personen könnten wir 250.000 Arbeitslosen mit Unterstützung über die schlimmste Zeit hinweghelfen!

Das große Industriesterben

Der Weg zur Entspannung in der Lage der Industrie kann nur über die Verkürzung der Arbeitszeit, über die Wiedereinstellung von Hunderttausenden Arbeitslosen und über die Wiederherstellung ihrer Konsumkraft gehen.

Im Bergbau werden seit 1929 nur drei bis vier Schichten verfahren, im Baugewerbe ist

Die kalte Du'the

Paris, 2. Dezember. Wie Havas erfährt, hat man in Völlerbundratskreisen mit großer Ueberraschung eine Nachricht aus Tokio zur Kenntnis genommen, daß die japanische Regierung sich mit der Zurückziehung der chinesischen Truppen innerhalb der großen chinesischen Mauer nicht zufrieden geben würde, sondern darüber hinaus die Entferrnung der Verwaltung der Regierung Tschanghsueliangs aus Kintschon fordere mit dem Verlangen, daß die zu schaffende neutrale Zone unter die Verwaltung der in Münden eingeleiteten unabhängigen (d. h. von den Japanern eingesehten) chinesischen Regierung gestellt werde.

Der Optimismus von gestern und heute vormittag habe heute abend eine schwere Belastung erfahren.

Hitler in Rom?

Rom, 2. Dezember. Das Mittagsblatt „Tevere“ kündigt die bevorstehende Ankunft Hitlers in Rom an.

Die französischen Parlamentswahlen

Paris, 2. Dezember. „Petit Parisien“ befragte die Führer der Deputiertenklubs, wie sie über die Vornahme vorzeitiger Wahlen urteilen. Die fast einmütige Anschauung der Anhänger der Rechten, der Radikalen, der Sozialisten und der Kommunisten geht dahin, daß die Wahlen zur normalen Zeit, d. i. Ende April, vorgenommen werden sollen. Sämtliche Parteien fordern, daß die Hauptwahlen am 17. und die engeren am 24. April stattfinden.

der Zustand trostlos. In der Textilindustrie stehen heute 220 Betriebe still und 22.000 Arbeiter beziehen von den Arbeitslosenunterstützung, ganz abgesehen von den Ausgesteuerten und Nichtorganisierten. In der Glasindustrie ist die Flotschenerzeugung um 50 Prozent herabgesetzt, in der Tafelglasindustrie ist von je fünf Oefen nur noch einer im Betrieb; in der Porzellanindustrie hat die Krise durch den Pfandsturz einen katastrophalen Umfang angenommen, so daß noch bedeutende Entlassungen zu gewärtigen sind. In der Metallindustrie stehen fast alle kleineren Betriebe, die für unsere Industrie als Hilfsindustrie in Betracht kommen, zur Hälfte oder zu zwei Dritteln, zum Teil ganz still. Die Emailindustrie ist fast tot, in der Scherindustrie sind für die nächste Zeit weitere Entlassungen angekündigt. In der Zuckerindustrie droht die Verlegung der künftiger Zuckerraffinerie, ähnliche Befürchtungen bestehen für die große Chemische in Aulzig. Auch diese will einen großen Teil ihrer Fabrikanlagen ins tschechische Sprachgebiet verlegen. Neheliches ist mit einem großen Teil der großen Metall- und Kupferwerke beabsichtigt.

Vor weiterer Verschärfung der Krise

So müssen wir sehen, daß auf allen Gebieten die wirtschaftliche Situation und die Krise einer weiteren Verschärfung entgegengeht. 47 Arbeitsvermittlungsanstalten Nordböhmens registrieren 90.000 Arbeitslose, von denen nur für 10.000 Arbeitsplätze, und nicht gerade die besten, beschafft werden konnten. Die einzige Industrie, der es immer noch gut zu gehen scheint, ist die Brauindustrie.

Dazu kommt, daß wir bei den Verhandlungen über die Vergebung von Staatsaufträgen feststellen mußten, daß staatliche Investitionen in außerordentlich beschränktem Ausmaß erfolgen; dadurch werden alle Erwartungen zunichte, die sich an die feinerseitige Bewilligung des großen Investitionskredits knüpfen!

Angesichts dieser Situation erheben wir um so dringender das Verlangen nach Erfüllung unserer bekannten Forderungen hinsichtlich Arbeitszeitverkürzung, Bankengesetz, Novellierung der Sozial- und Krankenversicherung, Schaffung eines Kolgesetzes zur generellen Unterstützung der Arbeitslosen, vor allem aber Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, um die Konsumkraft zu erhöhen und die Steuerfähigkeit der Industrie wie der einzelnen wieder zu steigern, damit die im Staatsvoranschlag für 1932 angeführten Ziffern nicht wieder fiktiv bleiben! (Verbäfter Beifall)

Senat.

Die Fünfhundertstunde am Weihnachtabend.

Der Gewerbeausschuß des Senates nahm heute nach dem Berichte des Referenten den Gesetzentwurf über die Fünfhundertstunde am 24. Dezember ohne Debatte an und schloß sich auch der vom sozialpolitischen Ausschuß gefassten Resolution an, durch welche eine Novellierung des Feiertagesgesetzes aus dem Jahre 1925 in dem Sinne gefordert wird, daß die Doppelfeiertage Weihnachten, Ostern und Pfingsten wieder einzuführen sind. Auf eine Anfrage erläuterte der Vertreter des Ministeriums das Gesetz dahin, daß es sich auf alle Geschäfte und Geschäftslokaltäten, sowie auch auf die Automaten und Büfets bezieht.

Die Plenarsitzung, in welcher die Vorlage erledigt werden soll, ist für Freitag, den 4. Dezember um 3 Uhr nachmittags einberufen. An demselben Tag tritt der Wehrausschuß um 11 Uhr vormittags zusammen.

Ausweisung der anti alckistischen Flieger aus der Schweiz.

Karlsruhe, 2. Dezember. Wie die „Karlsruher Zeitung“ meldet, ist gegen die italienischen Flieger Professor Roselli, den Journalisten Tarchiani und den Photographen Bassanelli wegen der bekannten Vorgänge die Ausweisungsbefehl erlassen worden.

Patentreiz in Tirol unbeliebt.

Veranstaltungsverbot in Innsbruck. Innsbruck, 2. Dezember. Eine für morgen abend von der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in Aussicht genommene Versammlung wurde von der Tiroler Landesregierung mit Rücksicht auf die Gefahr von Unruhestörungen verboten. Die Leitung der ostmärkischen Sturmtruppen hat an die Tiroler Landesregierung die Aufforderung gerichtet, nationalsozialistische Versammlungen in Tirol nicht zu gestatten und die landfremden Elemente, die an den Störungen der letzten Versammlung beteiligt waren, auszuweisen.

Eisenbahnunglück in Belgien.

Brüssel, 2. Dezember. Zwischen Malines und Duffel stieß heute ein Zug der Strecke Brüssel—Antwerpen mit einem Zug der Strecke Lille—Antwerpen zusammen. Dabei wurden drei Wagen des letztgenannten Zuges umgestürzt und etwa 15 Personen schwer verletzt. Der Zug Brüssel—Antwerpen blieb unbeschädigt und auch die darin beförderten Passagiere erlitten keine Verletzungen.

Tschechische Sozialdemokratie und Militärausgaben.

Parlamentarischer Antrag auf Verkürzung der Militärdienstzeit.

Die tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Winter und Srba haben im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf auf Verkürzung der militärischen Präsenzzeit auf zwölf Monate eingebracht. Im Motivbericht wird darauf verwiesen, daß durch die Durchführung dieses Gesetzes nicht nur große Ersparnisse im Militärbudget erzielt werden könnten, sondern daß die Verkürzung der Dienstzeit auch ein Muster für die Abrüstungskonferenz sein könnte. In einem zweiten Gesetzentwurf beantragen die genannten Genossen, es möge im Jahre 1932 keine militärischen Ausbildungsübungen veranstaltet werden. Auch sollen in dem genannten Jahre keine Reservisten zu Übungen einberufen werden. In dem Motivbericht wird angeführt, daß der Staat dadurch einige Millionen Ausgaben ersparen könnte.

Eine Schande der Republik.

Unter diesem Titel bespricht das „Právo Lidu“ die Antwort des Landwirtschaftsministers auf eine Interpellation von tschechisch-amerikanischer Seite, in der der Minister gefragt wurde, wie weit es mit der Reform der Landeskulturräte stehe. Die Antwort des Landwirtschaftsministers, aus der das „Právo Lidu“ einen Teil veröffentlicht, ist geradezu empörend. Es heißt darin unter anderem:

Die Reform der Wahlordnung in die Landeskulturräte hängt mit der Frage der Reorganisation dieser Institutionen zusammen. Die Lösung dieses Problems begegnet heute jedoch großen Schwierigkeiten, insbesondere finanzieller Natur, es ist gar kein Zweifel, daß die heutige Zeit für die Lösung dieser Fragen nicht gerade günstig ist, insbesondere, soweit es sich um die Bedienung neuer Ausgaben handelt, die die betreffende Reorganisation erfordern würde.

Diese Antwort ist natürlich nichts anderes als ein Kaufmann der Agrarier vor der dringenden notwendigen Reform der Landeskulturräte. Wir kehren bezugnehmend das „Právo Lidu“ die heutige Zusammensetzung der Landeskulturräte als eine Schande der Republik, und daß es der „republikanischen“ Partei schlecht anstehe, sich zur Schaffung altfeudal-reaktionärer Einrichtungen zu machen. Wenn das Landwirtschaftsministerium, so sagt das Blatt weiter, die Reform der Landeskulturräte sabotieren werde, werde man sich nicht nur mit der Reorganisation der Landeskulturräte, sondern auch mit der Reorganisation des Landwirtschaftsministeriums befassen müssen.

Abgeordneter Genosse Husnáj aus Polen an-gewie'en.

Prag, 2. Dezember. Abgeordneter Genosse Husnáj, der Vertreter der kommunistischen Sozialdemokratie im Parlament, holte diese Tage in Lemberg ein Erlebnis, das so recht die wenig demokratischen Methoden der Republik Polen beleuchtet.

Genosse Husnáj hatte eine Studienreise nach Rumänien unternommen und wollte auf der Rückfahrt durch Polen in Lemberg einen Vortrag halten, zu dem die Behörde auch ihre Einwilligung gab. Zwei Stunden vor Beginn des Vortrages fand sich jedoch bei Husnáj ein Vertreter des Polizeipräsidenten ein, der ihm nachtrag erklärte, daß er augenblicklich Polen verlassen müsse. Der Vortrag mußte infolgedessen abgejagt werden.

Dieser Vorfall wird noch Gegenstand eines diplomatischen Schrittes bei der polnischen Regierung sein.

Die 12. Session der böhmischen Landesvertretung ist für Dienstag, den 15. Dezember, um 10 Uhr vormittags einberufen. Sie wird voraussichtlich drei Tage dauern.

Kommunistische Bürgermeisterwahl in Komödie. Eine Bürgermeisterwahl eigener Art und gleichzeitig eine arge Blamage der Kommunisten ereignete sich in den Erzgebirgsstädten Heinrichsgrün. Die Kommunisten hatten dort in der Wahllokalität die bürgerlichen Parteien auf das größte beschimpft. Die Bürgerlichen rächten sich dafür, indem sie nicht vielleicht Ehrenbeleidigungsklagen einbrachten, sondern gegen den Protest der Kommunisten den Kommunisten Schroll zum Bürgermeister und den Kommunisten Meyer zum Bürgermeister-Stellvertreter wählten, um der kommunistischen Fraktion Gelegenheit zu geben, die Gemeinde besser zu verwalten, als es bisher geschah. Verzichtserklärungen der Kommunisten, die sich weigerten, diese Ämter anzutreten, wurden nicht anerkannt und so entschlossen sich diese, ärztliche Zeugnisse beizubringen. Gegen diese ärztlichen Zeugnisse wurde aber von den Bürgerlichen ebenfalls protestiert und die politische Behörde wurde ersucht, den Rücktritt nicht zur Kenntnis zu nehmen, weil die in den Zeugnissen bestätigten Krankheiten bereits vor der Wahl bestanden. Es bleibt also der Bezirksbehörde überlassen, die Kommunisten von der Last der Verantwortung zu entheben oder sie zum Bessermachen zu zwingen.

Tagesneuigkeiten

Weil wir hungerten, sind wir in die Stadt gezogen,

fort von den ruhenden Fabriken, von unfres Glends Heimstatt, Dorthin, wo hinter Spiegelscheiben Müßiggänger hungern, wo die hohen Herren sitzen. Hören sollten sie unfre Klagen, unfres Glends Schrei; wissen sollten sie, wie unfre Kinder hungern. Man hat uns stumm gemacht. Wir lagen blutend auf dem Rasen, starr in Spitzelbetten, heut' unter der frierenden Erde. Daheim noch warten unfre Weiber, Kinder am kalten Herde.

Man hat uns stumm gemacht, hat unfre Klagen erstickt in unserem Blut — den Schrei der Not erzwängt, damit er die Ruhe der Satten nicht höre. Nun klagen wir nicht mehr.

Das Wort ist tot, wie wir. Wir mußten euren Augen weichen; doch schrecklich dröhnt euch im Herzen fort die Stimme eures Gewissens, unfre Zeichen.

Hans Bonheiser.

Erzländer Landpostbriefträger überfallen, lebensgefährlich verwundet und beraubt.

Eger, 2. Dezember. Gestern um die Mittagsstunde wurde der 29jährige Landpostbriefträger Anton Enal des Postamtes Plan auf der Straße zwischen den Ortschaften Naiton und Naisentrecht bei Plan das Opfer eines Raubüberfalles. Nach einem heftigen Kampfe, in dessen Verlauf der kräftige Briefträger vier schwere Hiebe mit einer kurzen scharfen Art auf dem Kopfe erlitt, gelang es dem bisher noch unbekanntem Täter, dem Überfallenen die Briefstücke, in der sich außer der Briefpost noch ein Betrag von etwa 3000 K befand, zu entwenden. Von der Heftigkeit des Kampfes spricht auch der Umstand, daß dem Briefträger von der rechten Hand, die vermutlich die Tasche schütten wollte, der Mittelfinger durch einen Beilhieb glatt abgetrennt wurde. Der lebensgefährlich verletzte Briefträger wurde bald nach der Tat von einem vorbeifahrenden Führer auf der Straße bewußtlos aufgefunden und in das Krankenhaus nach Plan geschickt, wo er, ohne das Bewußtsein bisher wiedererlangt zu haben, mit dem Tode ringt. Der Täter hat offenbar damit gerechnet, daß der Briefträger am gestrigen 1. Dezember Gehaltsanzahlungen an die Schullehrer und Pensionisten zustellen sollte und daher im Besitze einer größeren Geldsumme sei. Die Gendarmerie aus der ganzen Umgebung hat umfangreiche Nachforschungen eingeleitet.

Raubüberfall auf einen ehemaligen Abgeordneten

Linz, 2. Dezember. Gestern abend wurde in Seeham auf den ehemaligen Abgeordneten Matthias Wimmer ein Raubüberfall verübt. Als sich Wimmer zum Pfarrhof in Seeham begeben wollte, wurde er von einem unbekanntem Menschen überfallen, der ihn mit einem Prügelniederhieb und ihn dann aus seiner inneren Rocktasche ein Kubert mit 3270 Schillingen raubte. Als Täter wurde der Knack Simon Wölz verhaftet, der auch die Tat eingestand und das Versteck des Geldes angab. Es handelt sich bei dem geraubten Geld um einen Betrag für den Kirchenbaufonds. Die Verletzungen des Überfallenen sind schwer.

Bernurteilte Kommunisten

Aus Neudorf im Erzgebirge wird uns berichtet: Vor dem hiesigen Bezirksgericht fand dieser Tage die Verhandlung gegen die der kommunistischen Partei angehörigen Arbeiter Hermann Göhls, Rudolf Ebert, Josef Traß, Ernst Stumpf, Karl Lander, Karl Götz, Alfred Kraus, Benzel Kraus und Josef Reinhardt statt, die beschuldigt werden, am 28. September 1930 in der Erzgebirgsortsgemeinschaft Beschofen beim Raubüberfall auf einen sozialdemokratischen Festzug sich gegen die körperliche Sicherheit vergangen zu haben. Nach durchgeführter Verhandlung wurden gegen die Beschuldigten Arreststrafen von fünf Tagen bis zu einer Woche, teilweise unbedingt, verhängt. Sowohl von Seiten des Vertreters der Angeklagten als auch von Seiten des staatsanwaltschaftlichen Funktionärs wurde gegen das Urteil berufen.

Reford-Flüge.

Detroit, 2. Dezember. Der Flieger E. Bayles hat den Schnellfliegerrekord für Aeroplane gebrochen, in dem er eine durchschnittliche Stundengeschwindigkeit von 485,8 Kilometer erreichte. Der bisherige Rekord betrug 451,95 Kilometer in der Stunde.

Rom, 2. Dezember. Ingenieur Meleri, der Sieger in dem Italien-Rundflug, hat gestern die Strecke Mailand-Madrid auf dem Fernfluggesetz Breba 33 in der Rekordzeit von sieben Stunden 42 Minuten durchflogen.

Im Schatten des § 144.

Aus Saaz wird uns berichtet: Ein Mädchen aus der Umgebung von Saaz schickte in einem Brief, den es seiner Freundin nach Welleitz schickte, ihr Herz aus und teilte ihr mit, daß sie einer schweren Sorge insofern entbunden sei, als sie sich einem gelungenen logenartigen verbotenen Eingriff unterzogen habe. Ungeschickterweise kam der Brief wegen schlechter Adressierung in die Hände einer Unbefugten, die schleunigst dafür Sorge trug, daß die Ortsbevölkerung vom Inhalt des Schreibens Kenntnis erhielt; daß der Gendarmerie die Angelegenheit nicht verborgen blieb, bedarf keiner Erwähnung. Das ins Verhör genommene Mädchen gestand dem Tatbestand zu, weshalb es sich demnach vor dem Pödersamer Bezirksgericht wird wegen Übertretung des § 144 verantworten müssen.

Erpressung mit Hilfe des § 144.

Dieser Tage erschien, wie uns berichtet wird, in der Wohnung einer Geburtshelferin in Reichenberg ein etwa 50 Jahre alter Mann, der im Zustand großer Erregung der Frau vorwarf, daß sie an seiner Gattin einen verbotenen Eingriff vorgenommen habe, der dazu geführt hätte, daß das neugeborene Kind gestorben sei. Er behauptete, die Absicht zu haben, sich dadurch zu rächen, indem er die Geburtshelferin erschlage, aber schließlich sei ihm damit auch nicht geduldet. Dagegen verlange er eine Entschädigung von 120 Kronen; wenn er sie nicht erhalte, würde er die Geburtshelferin anzeigen. Die Frau wurde, obwohl sie sich von keiner Schuld beschwert fühlte, durch das drohende Auftreten des Mannes so eingeschüchtern, daß sie ihm den verlangten Betrag ausfolgte, worauf der Mann verschwand. Nach zwei Tagen erschien er indes abermals in der Wohnung der Geburtshelferin, die jedoch nicht daheim war. Er hinterließ ein Schreiben, in welchem er neuerlich 220 K als Schweigegeld forderte. Die Geburtshelferin übergab den Brief der Polizei, der es an Hand des auf dem Umschlag befindlichen Vereinsstempels gelang, den Erpresser in einem Bewohner von Ruppertsdorf auszuforschen und zu verhaften.

Mitten im Frieden.

Das Schönste ist für die Friedenshüter in Genf ein Gespräch von Krieg und Kriegesgefahr, wenn hinten weit in China die Böller den Kellogg-Pakt durch Tausende zertrümmerter Leiber schallen. Langsam gelangt die Versammlung der Herren Völkerbündler dazu, ihre Plamoge zu verifizieren; man — d. h. die Herren Japaner — löst sie ruhig betreten und die Friedensschmelze blasen, wenn nur die Militärs den Vertriebensbestrebungen die gefährliche Verachtung zeigen. Aber der im fernsten Osten belagerte und frisch erhaltene Kriegesgeist macht in anderen Staaten Schule und bringt die Staatsgewalt dazu, das Problem der Arbeitslosigkeit und schweren Not mit Eisen zu behandeln und die hungerigen Menschen mit Bohnen, allerdings mit blauen, zu füttern; und das geschieht mit viel moralischer Würde. Man rechtfertigt diese Rohheit mit allen Mitteln, das Scherfchen wird sozusagen Mobe.

Der Geist des Friedens und der Gerechtigkeit treibt aber auch noch andere Mäulen: man hört von einer neuen Soldatenschilderei in der republikanischen Wehrmacht, die wieder einen jungen Menschen zum Selbstmord getrieben hat, und man kann auf den Prager Straßen fast täglich die Fixierten der Polizei bewundern, mit der Arbeitslose und sonst Mitleidige an öffentlichen Rundebelungen ganz im Sinne der gewährleisteten Verfassungsfreiheit gehindert werden. Dieselbe Behüterin der Ruhe und Ordnung in ihrem etwas übertriebenen Sinne amtiert, aber langsame gegen St. F. r. n. h., der sich weiter besser Gesundheit und Freiheit erweist, und die Seinen, von denen Herr St. F. a. v. v. r. ins Ausland gelassen wird, damit dann der Zedbrief mit gebührender Nachdruck nach Ueberwindung unlegbarer Widerstände erlassen werden kann. Dieselben Staatsorgane, die sofort bei der Hand sind, wenn etwa aus dem Ausland „umstützliches“ Material eingeführt wird, amieren zögernd und überaus vorsichtig, wenn es sich um zerbollte Korruptionisten handelt, die mit der nationalen Robne zu operieren verziehen; es ist halt doch ein Glück, wenn Herr St. F. durch „unvermutete und plötzliche Abreise“ die Gerechtigkeitsmaschine der Weltlichkeit entbeht, in gewohnter Strenge einschreiten zu müssen; der Fall Ehrenfest hat bei uns ansehnend doch Schule gemacht. Unter dessen wendet sich der deutsche Reichsinnenminister gegen die „verfessende Arbeit“ der Pazifisten, unterdessen bringt in Wien ein ärztlicher Zahnminister einen Gesetzesantrag ein, der das verfassungswidrige, dem Diktiergeist entsprechende Zündentrecht gesetzlich festlegen soll, unterdessen hört man, daß weitere Erparungen im Staatshaushalt notwendig sein werden, daß aber von der notleidenden Gesellschaft des Kapitals eine Pezählung der ruffständigen Steuern nicht verlangt werden kann, die Verfassungsvorschriften werden zur Drofflung des Exports und der Industrie weiter verärfert, kurz gesagt, wir leben mitten im Frieden und müssen uns nur bemühen, ihn in seinen wahren Felchen richtig zu erkennen.

Furchtbarer Tod eines jungen Arbeiters.

Lobositz, 2. Dezember. In der Nacht auf heute ereignete sich in der hiesigen Glasstofffabrik ein Unglücksfall, dem der einzige Sohn der Familie Koval aus Teplei bei Třebitz zum Opfer fiel. Der Arbeiter Karl Koval wurde im

Raume, wo die Bottiche mit den Spinnbädern stehen, beschäftigt und als der Schichtführer heute in das Spinnbad kam, um nachzusehen, warum die Schwefelsäure nicht bis zu den Maschinen gelange, sah er den Arbeiter Koval in einer zwanzig Zentimeter hohen Schwefelsäurelase liegen. Der Schichtführer brachte den Arbeiter auf das Markenszimmer der Fabrik und ließ ihn nach ärztlicher Feststellung des Todes von dort heute früh in die Friedhofshalle überführen. Bis zur Stunde konnte die Ursache des Unglücks nicht festgestellt werden.

Tödlicher Unfall im Schacht. Auf der „Ova“-Grube in Peitzwald im Teichener Gebiet wurde der Arbeiter Johann Sagar von einem herabfallenden Stein am Kopf getroffen und war auf der Stelle tot.

Familientragödie bei Reichenberg. Eine noch nicht völlig aufgeklärte Tragödie ereignete sich, wie uns berichtet wird, in der Ortschaft Schjch bei Reichenberg. In seiner im Hause Nr. 45 wohnhaften Mutter war der Kaufmann Rudolf Krause mit seiner Gattin überfielen. Als am Sonntagmorgen die Wohntüre verschlossen blieb und sich in der Wohnung niemand rührte, dagegen aber im Hause sich der Geruch von Kohlenoxyd bemerkbar machte, sprengte man die Wohnungstür und fand Krause mit Frau und Mutter ohne Bewußtsein auf. Die herbeigerufenen Ärzte stellten bei der Mutter des Krause den bereits eingetretenen Tod fest, während Krause selbst und seine Gattin noch schwache Lebenszeichen gaben. Sie wurden ins Krankenhaus überführt, doch verchied dort wenige Stunden nach der Einlieferung Krause, während seine Gattin ins Leben gerückert werden konnte. Für Zustand ist indes bodenständig. Ob es sich um einen Unglücksfall handelt oder ob Krause die Neulappe in selbstmörderischer Absicht geschlossen hat, steht noch nicht fest.

Zensurmethode in einer demokratischen Republik. Dieser Tage wurde das Organ der Sozialisten konfisziert, weil es die Verlagsanzeige des Werkes „Masaryk und die Juden“ von Rychonowsky ins Tschechische übersetzt, ohne weiteren Kommentar abgedruckt hatte. Am nächsten Tage brachte das Blatt die Anzeige im deutschen Original, das der Zensordienst nicht konfiszierte. Einmal die Staatsprüfungszeugnisse eines Zensors sehen — das wäre ein Vergnügen, nach dem Juristen, Erzieher und Laien streben sollten. Aber einmal ins Hirn eines unserer Zensoren zu blicken, dagegen muß der Anblick des verschleierte Bildes zu Sais ein abgelegter Jahrmarschweg gewesen sein!

Unethische Tierquälerei. Ueber eine Tierquälerei brutaler Art wird uns aus Saaz berichtet: In der Ortschaft Miltichowes bei Saaz vermehren vor einigen Tagen die Grundbesitzer Siegel, Seifert und Kowotny ihre Hunde, schone, gesunde und junge Tiere. Nach längerem Suchen fanden die Hunde in bejammernswertem Zustande aufgefunden: den armen Tieren waren die Pfoten mit einem scharfen Instrument abgehaut und das Rückgrat zerklagen worden, so daß nichts anderes übrig blieb, als den Tieren den Gnadenstich zu geben, um sie von ihren furchtbaren Qualen zu erlösen. Die Nachforschungen haben zur Feststellung des Rohlings, der diese unethische Tat auf dem Gewissen hat, geführt. Es handelt sich um einen erst vor kurzem nach Miltichowes Zugezogenen, gegen den die Gendarmerie nunmehr das Verfahren eingeleitet hat.

Ein Ehepaar ermordet aufgefunden. Aus Kulmek wird berichtet: In Klantenort bei Kulmek wurde ein Doppelmord entdeckt. Als man die Wohnung des jungen Ehepaars Stach gewaltsam öffnete, fand man die 25jährige Frau Ida, nur mit einem Hemd bekleidet, in einer Pflanzlade liegend tot auf. An der Kehle wies sie eine tiefe Schnittwunde auf. Ihr 17jähriger Sohn, der Arbeiter Johann Stach, lag tödlich im Bett. Er starb nach wenigen Minuten. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Hingerichtet! Der vom Pöserer Militärstandgericht gestern wegen Spionage jugendlich einer benachbarten Nacht zum Tode verurteilte Infanterist Bruno Klamole wurde Dienstag in den Abendstunden in einem Fort durch Erschießen hingerichtet. Der Staatspräsident hatte von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht.

Drei alte Leute gasvergiftet. In Quellenort (Kreis Dessau) wurde gestern früh der 74jährige Rentier Meißel, seine Frau und eine alte Tante in der Wohnung durch Gas vergiftet aufgefunden. Der Gasbehälter in der Küche stand offen, das ganze Haus war in eine Gaswolke gehüllt. Man glaubt, daß ein Unglücksfall vorliegt.

Bergarbeitertod. Aus Ahlen wird gemeldet: Auf der Frede „Bestfalten“ wurden während der Nachtschicht zwei etwa 50 Jahre alte Bergleute beim Zusammenbrechen eines Dammes verschüttet. Sie konnten erst heute früh als Leichen geborgen werden.

Kasse samt Inhalt gestohlen. Aus den Büros der Continental-Gummi-Comp. in Währ.-Estrau wurde in der Nacht auf Mittwoch eine größere eiserne Kasse gestohlen, in der sich etwa 7000 K Bargeld befanden. Die leere Kasse wurde später im Straßengraben gefunden.

De Granate am Schürk. Vor der Wohnung eines Breslauer Staatsanwaltschaftsrates wurde eine Granate gefunden, die mit einem Bindfaden an der Wohnungstür angehängt war. Eine Untersuchung durch Socherhändige ergab, daß es sich um einen wertlosen Auslöser

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:

Prog: 11.00 Schallplatten, 17.05 Konzert, 18.25 Deutsche Sendung: Hedda Sauer liest aus eigenen Werken, 19.20 Humor, 20.25 Konzert, 21.00 Sarcophagorträge, 21.30 Violin- und Cellabus. — **Wien:** 15.00 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Nobes: Richter- oder Schauspieltheater, 19.20 Militärkapell, 21.00 Chorgesänge. — **Breslau:** 19.20 „Der Troubadour“, Oper von Verdi, 22.20 Sigeunermusik. — **Berlin:** 19.10 Rapsodien. — **Dresden:** 21.20 Kammerkonzert. — **Hamburg:** 19.30 Kantatenkonzert. — **Leipzig:** 16.30 Klavier und Streicher. — **München:** 19.20 Lieberlande. — **Wien:** 22.30 Tanzmusik.

mit abgebranntem Hunder handelt. Man glaubt, daß es sich um eine Drohung gegen den Staatsanwaltschaftsrat handelt, der in einem großen Prozeß als Anklagevertreter fungiert. Als Täter sollen zwei junge Burden in Betracht kommen.

Großer Frost in Rumänien. Aus Bukarest wird gemeldet: Im ganzen Land herrscht großer Frost. In Rischinew wurden 27 Grad Celsius unter Null verzeichnet. An der Küste des Schwarzen Meeres wütet ein heftiger Sturm, der großen Schaden verursacht. Die Schifffahrt ist sehr erschwert und zahlreiche Schiffe mußten die Häfen aufsuchen. Wie gemeldet wird, sind infolge des Frostes sechs Personen zugrundegegangen.

Schwerer Autounfall Dalmat Schachts. Mittwoch erlitt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der sich auf der Fahrt von Berlin nach Rostock befand, bei Baren (Westenburg) einen schweren Autounfall. Infolge des eingetretenen Glattfahrs kam der schwere Personentransportwagen auf der Chaussee vor den ersten Häusern ins Schleudern und fuhr mit voller Wucht gegen eine dort stehende Holzstute. Der Wagen wurde umgeworfen und schwer demoliert. Während Schachts Sohn und der Chauffeur fast keine Verletzungen erlitten, hat Dr. Schacht, der im ersten Augenblicke bewußtlos geworden war, außer Schnittwunden noch zwei Rippen gebrochen. Er wurde in das Barenere Krankenhaus überführt.

Die Post am 8. Dezember. Am 8. Dezember 1931 wird im Post-, Telegraphen- und Telephondienste wie an Feiertagen amtiert. Die Post wird jedoch nur im Reichsgebiet zugestellt.

Postsendungen in den Weihnacht- und Neujahrstagen rechtzeitig aufgeben! Nach den in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen gibt das Publikum in der Weihnachts- und Neujahrzeit größtenteils erst in den letzten Tagen vor den Feiertagen Postsendungen auf, die dann trotz aller zureichenden Maßnahmen seitens der Postverwaltung nicht rechtzeitig zum Bestimmungsort befördert werden können. Die Sendungen bleiben dann auf den Bahnhofsanschlagplätzen liegen und der Inhalt der Pakete verdirbt auch zuweilen. Die Postverwaltung ersucht daher das Publikum, im eigenen Interesse Pakete zur Postbeförderung früher anzugeben, da sonst für die rechtzeitige Zustellung nicht gebürgt und das Verderben des Inhaltes nicht verhindert werden könnte. Es wird empfohlen, die Postsendungen vor allem gut zu verpacken, um auf diese Weise einer Beschädigung, dem Verlust oder dem Verstreuen der Sendungen vorzubeugen.

Ein Dieb. Wegen des dringenden Verdachtes der Dieberei wurde dieser Tage in der Wohnung eines Arbeiters in Aufsig eine Hausdurchsuchung durchgeführt, wobei verschiedene Gegenstände, die aus Diebstählen herrühren, im Gesamtwerte von etwa 15000 K aufgefunden wurden. Der Verhaftete gestand ein, mit dem Berufsdieber Josef Jutzko und dem Rassenknecht Heinrich Bone in Verbindung gestanden zu haben. Der erstere, der für immer aus Aufsig ausgewiesen wurde, konnte festgenommen werden, während nach Bone, der stets heimlich verfolgt ist, gefahndet wird.

Der Bau der Volksternwarte in Budweis, die den Namen Stefan-Sternwarte tragen wird, wurde dieser Tage begonnen. Die Sternwarte wird am Zusammenfluß der Moldau mit der Maltsch errichtet werden. Sie soll vor allem der Popularisierung der astronomischen Kenntnisse dienen. Angehängt an die Sternwarte wird auch eine neue meteorologische Station für die Bestimmung der genauen Zeit. Die Einrichtung liefert die Staatsanstalt für Meteorologie. Wahrscheinlich wird auch eine selbsttätige Ablesung und für die Zwecke des projektierten Flugzeugstationen errichtet werden.

Revolver der Rot. In Hamborn wurden auf offener Straße auf den Oberstadtkreuzer Groß-Schäper vier Schüsse abgegeben. Groß-Schäper wurde schwer verletzt. Als Täter ist ein Preuze festgenommen worden, der den Oberstadtkreuzer wiederholt, aber auf Grund höherer Entschloß vergeblich, um Wohlfahrtsunterstützung ersucht hatte.

Landfriedensbruch. Das Schöffengericht Dronienburg verurteilte das Urteil in dem Schnellgerichtspröze gegen 66 Nationalsozialisten, die wegen eines am 24. September begangenen Landfriedensbruchs angeklagt waren. 21 Angeklagte wurden freigesprochen, 34 Angeklagte wurden wegen teils schweren, teils einfachen Landfriedensbruchs zu Strafen zwischen drei Monaten und einem Jahr Gefängnis verurteilt, unter ihnen der Vorsitzende der nationalsozialistischen Ortsgruppe Dronienburg, Stadtmerebener Buchs, gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes zu neun Monaten Gefängnis. Allen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden, zum Teil wurden auch Bewährungsstrafen ausgesprochen.

Tiroler Bauern nach Paraguay. Der ehemalige österreichische Landwirtschaftsminister Thaler wird im Herbst nach Paraguay auswandern, wo er, wie definitiv entschieden ist, eine Tiroler Bauernkolonie gründen wird. Seine Familie wird ihn begleiten. Im Herbst nächsten Jahres werden 1000 Tiroler Familien und später noch 800 bis 900 folgen. Thaler hat mit der Regierung von Paraguay einen günstigen Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen, der ihm bei der Gründung dieser Kolonie große Vorteile bietet.

Ein Pfarrer schändet Schulmädchen.

Drei Tage lang wurde vor einem Schöffengericht in Wien hinter verschlossenen Türen gegen den Seeforger der Floridsdorfer evangelischen Kirche Prof. Dr. Otto Kühne wegen Verbrechen der Schändung von Schulmännern verhandelt. Dr. Otto Kühne war nicht nur Seeforger für den evangelischen Kirchen Sprengel der Floridsdorfer Gemeinde, sondern auch Lehrer an verschiedenen Schulen Wiens gewesen. Er unterrichtete an Volks-, Bürger- und Mittelschulen, bis er vor zwei Jahren plötzlich vom Dienste suspendiert wurde. Ueber die Ursachen munkelte man allerhand, und nur die Eltern der Kinder, die von Kühne geschändet worden waren, wußten mehr von der Sache. Schließlich kam die ganze Angelegenheit zur Staatsanwaltschaft Wien 2, welche nach einer langwierigen Untersuchung gegen Dr. Kühne die Anklage wegen Verbrechen der Schändung und Ueberrückung gegen die Züchlichkeit erhob.

Dieser Dr. Otto Kühne, der nun vor Gericht das schändliche Verbrechen der Kindererschändung zu verantworten hatte, ein salbungsvoller Herr, der sich insbesondere noch dem 15. Juli in Brandreden gegen die Sozialisten nicht genugsam konnte, mußte nun selbst über seine „liebenste“ Erziehung Rede und Antwort stehen.

Gleich nach Beginn der Verhandlung wurde die Defensivität ausgeschlossen, und drei Tage lang wurden die Schulmädchen, an denen er sich vergangen hatte, ihre Eltern, Jugendpsychiater, Vertreter des Stadtschulrates und des Unterrichtsministeriums einvernommen.

Freitag wurde endlich die Verhandlung zu Ende geführt und nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende öffentlich das Urteil: **Schwerer Kerker in der Dauer eines Jahres** wegen Verbrechen der Schändung und der Verführung zur Unzucht, weil er sich in den Jahren 1928, 1929, 1930, wie nachgewiesen werden konnte, an fünf Schulmädchen im Alter von elf bis dreizehn Jahren vergangen hatte.

Er hat die Mädchen in unschätzbare Weise betastet, ihre Körper geschlechtlich mißbraucht, und die Kinder gezwungen, seine Unzuchtigkeiten zu dulden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge in Oesterreich.

In Oesterreich ist ab November der normale Beitrag zur Arbeitslosenversicherung beträchtlich erhöht worden. Er beträgt nunmehr für die Arbeiter der wichtigsten Lohnklasse 2,70 Schilling wöchentlich, der Monatsbeitrag ist von 3,4 auf 3,8 Prozent des Gehaltes erhöht worden. Der Pauschalbeitrag für soziale Lasten beläuft sich für jugendliche Angestellte auf 4,8 Schilling per Monat, wovon 1,2 Schilling auf Arbeitslosenversicherung entfällt. Als Begründung für die Beitragserhöhungen führt die Regierung an, daß selbst nach vielen Maßnahmen die Einnahmen noch weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen der Jahre 1931 und 1932 zurückbleiben werden. Darüber hinaus suchte die Arbeitslosenversicherung schon Ende August ein Defizit von 140 Millionen Schilling. An eine Rückzahlung dieser Schuld an die Finanzverwaltung kann auch nach der eingeführten Beitragserhöhung nicht gedacht werden. Selbst bei einem Verzicht auf viele Rückzahlungen hätte die Regierung eigentlich eine höhere Beitragserhöhung einführen müssen, sie konnte sich jedoch offenbar angesichts der bedrohlichen Wirtschaftslage nicht dazu entschließen. Nebenbei ist ja nunmehr durch eine vor kurzem angenommene Gesetzesnovelle die Leistung eines Krisenbeitrages durch die Regierung festgelegt, der mit einem Drittel des die Summe von 100 Millionen übersteigenden Auswandes der Arbeitslosenversicherung pro Jahr festgelegt ist.

Vor dieser in höchster Not beschlossenen Beitragserhöhung der Regierung lagen die Dinge in Oesterreich so, daß sich die Bundesbehörden von ihrer Pflicht, aus dem Mitteln der Gesamtheit einen Rückbehalt zur Arbeitslosenversicherung zu leisten, einfach drücken. Bei einem der zahlreichen — von der Arbeiterschaft vereitelten — Verlichthungsverhandlungen wurde im Laufe dieses Jahres sogar in Ausnahmefällen, auch jede Vorlaufpflicht des Bundes für die Arbeitslosenversicherung zu bekräftigen. Wenn auch in der Vorlage, die schließlich eine halbwegs tragbare Lösung brachte, verschiedene Verbesserungen erreicht wurden, so sind die diesbezüglichen Bestimmungen doch sehr bescheiden: In normalen Zeiten soll der Bund zur Arbeitslosenversicherung nur einen Verwaltungskostenbeitrag zahlen sowie die Kosten der Kontrolle der Versicherung tragen. In Krisenzeiten soll der Bund, wie bereits gesagt, den oben genannten Krisenbeitrag leisten. Bis zu den genannten 100 Millionen müssen jedoch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kosten der Arbeitslosenversicherung selber tragen!



Und Ihre feinen Wollsachen?



Die waschen Sie am schonendsten und schnellsten selbst mit

LUX

Auch die Hände bleiben zart und weich

Handwarm waschen! Gebrauchsanweisung beachten!

Die sterbende deutsche Geigenbauerzunft.

Der Verfall in der Schönbach-Markneukirchner Musikinstrumenten-Industrie.

(Nachdruck verboten.) Das Zentrum der tschechoslowakischen Streichinstrumenten- und Saitenindustrie, die rund 5000 Einwohner zählende deutschböhmische Stadt Schönbach, am südlichen Abhang des Erzgebirges gelegen, befindet sich gegenwärtig in einer Krise, wie sie im gleichen Ausmaße in der Geschichte dieser jahrhundertalten Ortschaft noch nie zu verzeichnen gewesen ist. Die Einwohnerzahl Schönbachs, in ihrer überwiegenden Mehrheit mit der Erzeugung von Musikinstrumenten und ihren Bestandteilen beschäftigt, mocht gegenwärtig einen Verzerrungsprozess durch, dessen Folgen sich weit ins „obere“ Erzgebirge erstrecken, also über das Oberland bis ins Grasslitzer Gebiet und darüber hinaus. Als ausgeglichene Heimindustrie (die weniger großen Fabriksbetriebe werden durchwegs von den Klein-, bezw. Feilerzeugern beliefert) ist die Instrumentenproduktion laufenden Erzgebirglern bisher Existenzgrundlage gewesen und vom Vater sind jeweils auf den Sohn die Aufträge der Großunternehmungen und der Händlerfirmen übergegangen, so daß, da das Gewerbe seinen Mann genährt hat, fast kein Schönbacher Geigenbauer oder Saitenmacher ein anderes Handwerk als das bodenständige zu ergreifen sich bisher erlaubt hat.

Dieses Gewerbe nun, das aus feinsten Anfängen heraus sich zu einer Industrie von Weltgeltung emporentwickelte, einer Industrie, die den in ihrem Rahmen Beschäftigten zu einem gewissen Wohlstand verholfen hat, liegt heute so absolut darnieder, daß geradezu ein Wunder zur Herbeiführung einer Aenderung in der trostlosen Situation gesehen müßte.

Tausende von Schönbacher Boden- und Deckenschneidern, Schachtel- und Korpusmachern, Holzschneidern und Leimern, Adermachern, Griffbrett- und Saitenhaltererzeugern, Wirbelbrechtern, Polierern, Stegmachern und Geigenerzeugern liegen heute, da ihr Hauptabnehmer, die Musikinstrumentenproduktion und der Handel im tschechischen Markneukirchen nicht mehr aufnahmefähig sind (auch dort sind überfüllte Läger und eine rapide Abflachung zu verzeichnen) vor dem absoluten Nichts, da der Verkauf von Streichinstrumenten im Inlande gegenwärtig so gut wie gar nichts zählt, im ausländischen Maße aber die Bewährung langfristiger Kredite zur Voraussetzung hat.

Die Einkäufer — Amerika, Polen und England sind bisher als die Hauptabnehmer für Schönbacher Erzeugnisse anzusehen gewesen — kommen in immer geringerer Anzahl nach Schönbach und Markneukirchen; man sieht nicht zu Unrecht den Grund hierfür in der rapiden Verbreitung der mechanischen Musik (Grammophon, Radio und Tonfilm) und schließlich sehr, daß mit der fortschreitenden Verfallkommung dieser neuzeitlichen Erzeugnisse der Weg von Violinen, Gitarren, Celli, Mandolinen usw., mehr und mehr zurückgehen wird, falls nicht der Publikumsgeschmack eine Aenderung erfahren sollte.

Wenn uns Markneukirchen fehlt, dann fehlt uns alles!“, äußert sich ein Meister, der mit Sorgenfalten auf der Stirn erzählt hatte, daß er gegenwärtig wochenlang keinen neuen Auftrag erhalten könne. „Früher“, setzte er hinzu, „habe ich auf einmal acht Tausend Geigen in Auftrag bekommen und ich war mit einem Gehilfen und einem Lehrlingen fünf oder sechs Wochen voll beschäftigt. Heute... heute geht

ein Auftrag über sechs Stück nicht hinaus, und da muß man Glück haben, wenn man ihn bekommen soll. Mein Verdienst? Ueber hundertzwanzig Kronen in der Woche komme ich jetzt nicht mehr hinaus!“

Die Preise sind bis zum Allerheiligsten gedrückt. Eine Geige (Mittelforte) wird für 50 bis 60 Kronen geliefert, die Aufnahmefähigkeit der Händler und des Marktes scheint zu Ende. Die Klage über den schlechten Absatz ist allgemein. Es ist einschleichender Prozess des Verfalls. Nach dem Kriege haben die amerikanischen Einkäufer sich in Markneukirchen niedergelassen und einfach die Preise diktiert, es sind wahre Schundpreise gewesen... aber es waren immerhin Aufträge. Wenn sie auch nicht viel getragen, so haben sie doch die Aufrechterhaltung der Betriebe ermöglicht. Die billigere Ware wird seit langem in Schönbach erzeugt, während Markneukirchen die Qualitätsproduktion pflegt. Von Markneukirchen aus ging die Ware vor allem an Händler in Deutschland, aber auch im Export waren in den letzten Jahren erhebliche Umsätze zu verzeichnen.

„Erzeugung und Handel rentieren sich heute nicht mehr.“ sagt einer der angesehensten Markneukirchner Produzenten. „Ich weiß nicht, wie lange ich meine Leute noch werde beschäftigen können. Wir sind mit den Preisen so weit heruntergegangen, daß wir kaum noch die Regie beden können, aber trotzdem kommen fast keine Bestellungen mehr herein. Der Pfundsturz in England hat uns einen neuen, schweren Schlag versetzt. Wie traurig es bei uns aussieht, geht daraus hervor, daß Realitäten, die 50.000 Reichsmark und mehr wert sind, um 10.000 bis 12.000 Mark veräußert werden, weil die Leute einfach nicht mehr weiterkönnen!“

Dem ist nur noch wenig hinzuzufügen! Daß die Geigenmacher noch einige Bestellungen haben, daß eine der größten Unternehmungen Schönbachs durch Umstellung der Produktion (sie erzeugt neuestens Lautsprecher) den Betrieb fast normal weiterführen und daß die Produktionsgenossenschaft täglich noch einige Sendungen befördern kann, ändert nichts an der bitteren Wahrheit, daß ein paar tausend Menschen, die mit der Schönbacher Musikinstrumentenerzeugung leben und sterben, heute der Verelendung ausgeliefert sind und den kommenden Wochen und Monaten mit zitternder Furcht entgegensehen. Die weiblichen Arbeitskräfte, Mädchen und Frauen, die seit vielen Jahren in der Branche tätig sind, verdienen gegenwärtig, sofern sie überhaupt beschäftigt sind, bei fast zehnstündiger Arbeit in der Woche dreißig bis vierzig Kronen! Zum Leben zu wenig, zum Verhungern nicht zu viel!

Die staatliche Unterstützung ist unzureichend: das arbeitslose Familienoberhaupt bekommt einen Unterhaltsbeitrag bis zu zwölf Kronen in der Woche, mit dem er Riese, Verpflegung, Heizung und Bekleidung bestreiten soll!...

Wohl sind einige Notstandsaktionen zur Durchführung von Straßenbauten vorgesehen.

Einige hundert Leute haben dabei Beschäftigung gefunden. Unter ihnen sind viele, die mit Hause und Schoufel wahrscheinlich sehr unbedolten hantieren werden. Es gibt neben ihnen leider noch viele, viele Menschen in diesem Notstandsgebiet, die, wenn einem oder dem anderen Notstandsarbeiter der frostfarrten Sand das Arbeitsgerät entgleitet, zu jeder Stunde einzublinden bereit sind... Geo Payer.

Gerichtssaal

Die untergehende Klasse.

Der moralische Verfall der Bürgerschaft.

Prag, 1. Dezember. Wir haben an anderer Stelle anlässlich des Egerer Nordprozesses des Dr. Mader darauf hingewiesen, wie sich Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft auch die moralische Zersetzung dieser Schichten in immer rascherem Tempo vollzieht. Selbst Kapitalverbrechen als Hilfsmittel in wirtschaftlicher Bedrängnis sind längst nicht mehr eine unerhörte Ausnahme, jedes Mittel scheint gegebenenfalls gut genug, keine Untat zu erg, um nicht durch den Zweck gebilligt zu werden. Jene Kapitalverbrechen stellen nur die äußerste Steigerung eines Prinzips dar, das sich in seinen beschwerdeneren Erscheinungsformen tagtäglich in den Sälen des Strafgerichtes offenbart. Bedeutete z. B. noch vor wenigen Jahren der Bankrott eine Befreiung der kaufmännischen Standeskategorie, die viele mit dem Selbstmord zu rufen suchten, so ist die „gelungene Flucht“ heutzutage eine ausgezeichnete Empfehlung für einen tüchtigen Kaufmann. Das ist nur ein Beispiel aus einem jener Bereiche, die vollkommen in der heutigen Gesellschaftsstruktur verankert sind, ein Symptom für den Gesamtszustand dieser Gesellschaft (sch) und man könnte Tag für Tag die Gerichtssaalrubrik mit Beispielen solcher Art füllen. Die heute noch herrschende Schicht hat den selbst geschaffenen Moral- und Ehrentempel längst verelendigt. Und wer aus der Sozialgeschichte die praktischen Lehren zieht, der weiß, daß eine solche Selbstauflösung ein untrügliches Symptom des rettungslosen Verfalls ist. — Heute hatte sich ein fliegiger Straffasent mit zwei aufeinanderfolgenden Fällen zu befassen, die einen Einblick in die Verfassung jener Kreise bieten, die einst die absoluteste Makellosigkeit als lebenswichtiges Prädikat für sich beanspruchten.

Die Gattin eines Zahnarztes in einer benachbarten Provinzstadt, Hilde der tschechischen Honoratioren, läßt sich auf die Anklagebank nieder. Sie trägt einen Pelz, dessen Kaufpreis eine mehrköpfige Arbeiterfamilie immerhin einige Wochen zu erhalten vermöchte. Sie hat bei einer Prager Seidenfirma im Jahre 1928 für etwa 4000 K Ware bezogen. Die Firma wählte den Kaufpreis ein, dann sagte sie und schließlich pfänderte sie. Vor der Versteigerung wurde auf klärende Verfragen hin die Sache rückgängig gemacht. Aber bezahlt wurde nicht. Abermals Pfändung, abermals Versteigerungstermin, abermals ein Vergleich. Bezahlt wurde nicht. Abermals gerichtliches Einschreiten, abermals Pfändung — und nun stellt die Honoratiorenin schlafend mit, sie werde in Ausgleich geben, die Firma solle sich mit 50 Prozent zufrieden geben. Darauf erstatete diese aber Strafanzeige wegen Betruges und nun wurde — noch dreieinhalb Jahren — plötzlich gezahlt. Der Senat vertagte die Sache zur Einvernahme des Herrn Gemahls, wobei man erfährt, daß auch dieser akademisch graduierte Herr über 1000 K an die gleiche Firma schuldet, deren Eintreibung ebenso schwierig ist.

Eine Geschäftsfrau war wegen fahrlässiger Kritik und Freilung zahlreicher Gläubiger vor zwei Jahren bedingt verurteilt worden. Das Gericht schrieb ihr Schadensgutmachung im Rahmen des Möglichen vor. Heute erschien sie lächelnd zur öffentlichen Sitzung, wo über die Bewährung der Verurteilten entschieden werden soll. Sie hat nicht einen Heller bezahlt, denn es geht ihr sehr schlecht, sie leide geradezu Not. Sie besitzt eine Diersimmerwohnung, hat ein Dienstmädchen, läßt sich nichts abgehen und verdient durch stille Geschäfte eine Menge Geld. Ein indiskreter Geschäftsfreund hat auf der Schule geschwätzt. Erhebungen haben ergeben, daß mancher kleine und mittlere Angestellte sie um ihre „Notlage“ beneiden könnte. Das Gericht ordnete die Verbüßung der Strafe an, womit auch die Eintragung im Strafregister verbunden ist.

Der liebe Gott und das Fußballspiel.

In den „Los Angeles Times“ ist zu lesen: Notre-Dame-Mannschaft ging gut weg. Wurde U. S. C. deshalb geschlagen? 1. Was wäre geschehen, wenn die Mannschaft vom U. S. C. auch in die Kirche gegangen wäre und gebetet hätte? 2. War die Jungfrau Maria der Notre-Dame-Mannschaft besonders hold? 3. Haben die U. S. C.-Leute vor dem Kampf mit Notre Dame heraufgedumelt? Dort Dr. G. A. Briggles am nächsten Sonntag in seiner Predigt über das Thema: „In Erwartung, daß der Herr uns durchhilft.“ St. Paul's Presbyterian Church.

